

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

23. Sitzung
13. März 2019

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 14.28 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0049](#)
VerfSch
**Aktivitäten von Reichsbürgern und Selbstverwaltern
in Berlin**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Niklas Schrader (LINKE) legt dar, dass man sich mit dem Phänomen lange nicht ausführlich beschäftigt habe. Es habe Entwicklungen gegeben. Personenpotenzial und Gewaltbereitschaft seien stiegen. Es gebe Berichte über Waffenfunde und Waffeneinsatz. Es interessiere, was für Informationen der Verfassungsschutz liefern könne.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erklärt, die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Berlin sei heterogen. Gemeinsamer ideologischer Nenner sei die Ablehnung des Grundgesetzes; die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches werde bestritten. In verschwörungstheoretischer, antisemitischer und NS-verherrlichender Weise werde das Werte- und Rechtssystem der Bundesrepublik abgelehnt. Man berufe sich auf ein selbstdefiniertes „Naturrecht“. Die Reichsbürgerszene in Berlin umfasse 670 Personen. – Beim Personenpotenzial sei ein starker Anstieg zu erkennen. 2015 habe man in Berlin erst 100 Personen erfasst. Der Anstieg sei auf die verstärkte Aufklärung der Szene durch Sicherheitsbehörden zurückzuführen. Der Berliner Verfassungsschutz werde von allen Landes- und Bezirksbehörden unterstützt.

Die Reichsbürger seien waffenaffin und unberechenbar. 2016 habe es dramatische Vorfälle in Bayern und Sachsen-Anhalt gegeben. Daher sehe man sich die waffenrechtlichen Erlaubnisse von Reichsbürgern an und entziehe diese, wenn möglich.

Reichsbürger überhäuften Behörden mit weitschweifigen, pseudojuristischen Schreiben. Damit werde die Verwaltung belastet. Mitarbeiter/innen des öffentlichen Dienstes würden mit solchen Schreiben auch diffamiert, beleidigt oder bedroht. Ordnungsämter, Finanzämter, Jobcenter, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei würden mit Aktivitäten von Reichsbürgern konfrontiert. – Der Verfassungsschutz biete Unterstützung an, kläre über die Szene auf und gebe Hinweise zum Umgang mit den Betroffenen.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) führt aus, dass die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Berlin heterogen sei. Die meisten seien nicht in Gruppen organisiert. Sie würden auffällig durch querulatorische, wirre Schreiben an Ämter, in denen die Legitimität der kommunalen und staatlichen Behörden infrage gestellt werde. Prägend sei die hohe Waffenaffinität der Reichsbürger. Am 31. Dezember 2018 hätten von bundesweit ca. 19 000 Reichsbürger/innen und Selbstverwalter/innen 950 über eine oder mehrere waffenrechtliche Erlaubnisse verfügt. In Berlin sei der entsprechende Anteil unterproportional, wobei der geringere Anteil von Jägern und Sportschützen an der Bevölkerung eine Rolle spiele. Die Waffenbehörde werde vom Berliner Verfassungsschutz in allen Fällen über die Reichsbürgerbezüge von Personen mit waffenrechtlichen Erlaubnissen informiert. Ziel sei der Entzug der Erlaubnisse.

Die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden gelte auch der illegalen Beschaffung und dem entsprechenden Besitz von Waffen. Bei einer Durchsuchung am 13. September 2017 wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz seien über 50 Schusswaffen, Munition sowie verbotene Pyrotechnik gefunden worden.

Reichsbürger und Selbstverwalter beantragten häufig einen „gelben Schein“. Dies sei der Staatsangehörigkeitsausweis im Sinne von § 30 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG –. Der Ausweis sei ein legitimes Dokument zum Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit durch Doppelstaatler gegenüber ausländischen Behörden. Reichsbürger beantragten den gelben Schein aber, weil sie Reisepass oder Personalausweis nicht akzeptierten. Sie behaupteten, die Bezeichnung „Name“ auf dem Personalausweis kennzeichne die Person lediglich als Firma, also eine inländische juristische Person ohne Grundrechtsberechtigung. Dagegen könne mit dem Staatsangehörigkeitsausweis, der die Angabe „Familiennamen“ enthalte, die volle Rechtsfähigkeit als Grundrechtsträger gesichert werden. Indizien bei der Antragstellung auf einen Reichsbürgerbezug seien Angaben beim Geburtsort wie „Königreich Preußen“ oder „Königreich Sachsen“.

Der bundesweit organisierten Gruppe „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ seien in Berlin Personen im unteren zweistelligen Bereich zuzurechnen. Sie träten hier seit Mitte 2017 verstärkt auf. Die Gruppe habe sich mit aggressiven Schreiben an staatliche Stellen gewandt und deren Legitimation negiert. Hauptziel der Gruppierung sei die Reaktivierung von Hoheitsgebieten und deren Rückübertragung in ihre Verwaltung. Die Schreiben der Gruppe seien nach einem Muster formuliert, die Unterzeichner bezeichneten sich als Träger von Hoheitsrechten. Oft würden die Adressaten offen bedroht. In Berlin sei die Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf zur Räumung ihres Dienstsitzes aufgefordert worden. Die Aktion sei von der Polizei beendet worden. Der Bundespräsident habe 2017 ein Schreiben erhalten, das die

Übergabe deutscher Hoheitsgebiete gefordert habe. Es sei zu erwarten, dass die „Geeinten deutschen Völker und Stämme“ auch künftig staatliche Repräsentanten bedrängten, sie blieben im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Auch die Anhänger der „Exilregierung Deutsches Reich“ seien in Berlin mit Personen im unteren zweistelligen Bereich aktiv. In Schreiben an Behörden werde das staatliche Handeln der Bundesrepublik als rechtswidrig und ungültig bezeichnet. Sie verbreiteten Verkaufsangebote: Man könne Personenausweise, Staatsangehörigkeitsausweise o. Ä. ausstellen und Dokumente beglaubigen lassen. Es werde versucht, Anhänger durch Veranstaltungen, sogenannte Bürgertreffen, zu gewinnen.

Die „Stiftung 36 Grad“ habe 2017 die Anerkennung der Rechtsfähigkeit bei der Berliner Stiftungsaufsicht beantragt. Das Stiftungsvermögen betrage laut Antrag über 1 Billion \$. Das Vermögen solle sich aus kommerziellen Pfandrechten ergeben. – Derartige Phantasieforderungen und die Bezugnahme auf Pfandrechte seien für die Szene typisch. – Die „Stiftung 36 Grad“ falle durch die Zustellung kommerzieller Pfandrechte an staatliche und private Institutionen auf. Es würden Zahlungen erheblicher Summen gefordert. Wegen solcher Zahlungsaufforderungen seien zwei Anhänger Anfang März vom Amtsgericht Tiergarten wegen Erpressung und versuchter Nötigung zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden.

Die Gruppierung „Staatenlos.info Comedian“ erkenne die bestehende Rechtsordnung nicht an und leugne die staatliche Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Die Gruppierung betreibe neben Internetaktivitäten Mahnwachen, insbesondere vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. „Staatenlos.info“ halte Musterschreiben für Reichsbürger und Selbstverwalter auf der Internetseite bereit. Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsmaßnahmen würden gerechtfertigt. Die Gruppierung versuche, die Gelbwestenproteste in Frankreich für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Die Szene in Berlin sei also vielschichtig. Sie versuche, die verfassungsmäßige Ordnung anzugreifen und staatliches Handeln zu delegitimieren. Die Zahl der Reichsbürger und Selbstverwalter sei auf 19 000 Personen bundesweit gestiegen. Kurz- und mittelfristig sei mit einem Anstieg der Zahlen zu rechnen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) meint, man wisse teilweise nicht, ob man lachen solle oder etwas tun müsse, um Verwaltungsmitarbeitende zu schützen. Könne nachvollzogen werden, wie viele formale Widerspruchsverfahren oder Verwaltungsgerichtsverfahren auf derartigen Vorgängen beruhten? Werde dies erhoben oder kenntlich gemacht? Ihn interessiere die aktuelle Belastungssituation in Bezug auf Widerspruchsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren. – Seien in Berlin erfolgreich Erlaubnisentziehungen nach dem Waffenrecht durchgeführt worden? – Gebe es bezirkliche Schwerpunkte? – Könnten Ausführungen zum Wirkungsgrad gemacht werden? Habe dieser zugenommen? – Gebe es Querbezüge zum Rechtsextremismus oder in andere Bereiche?

Niklas Schrader (LINKE) begrüßt, dass das lange belächelte Phänomen der Reichsbürger und deren Gefährlichkeit entsprechend ernst genommen werde. Waffenbesitz und -einsatz zeigten die Gefährlichkeit. Die Zunahme der Personenzahl sei bedrohlich. Seit wann beobachte der Verfassungsschutz die Szene mit welcher Intensität? – Ein größerer Teil der Reichsbür-

ger und Selbstverwalter werde nicht dem Rechtsextremismus zugeordnet. Was seien diesbezüglich die Kriterien? – Seit 2009 solle ein Deutsches Polizeihilfswerk – DPHW – existieren. Sei diese Organisation noch aktiv? – Könnten Erkenntnisse der Bundesregierung über vereinzelte Überschneidungen der Reichsbürgerszene mit der AfD bestätigt werden?

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach den historischen Ursprüngen der Reichsbürger. Gebe es in dem Bereich Schulungen? Wie seien die Reichsbürger in Berlin vernetzt? Wie sehe die Situation in Österreich aus?

Tom Schreiber (SPD) fragt, ob die nicht erwähnten Gruppierungen nicht so bedeutend seien. Gebe es immer noch keine Gefährder unter den Reichsbürgern? – Es gehe doch darum, die Szene in ihrer Heterogenität auszuleuchten. Daher müsse zwischen Gefährlichen und Spin- nern differenziert werden. Sei in der Entwicklung seit 2015 ein Katalysator festgestellt wor- den? Handele es sich bei den Schreiben an die Bezirksämter um eine Welle?

Ronald Gläser (AfD) fragt, ob Gemeinsamkeiten mit Objekten wie der Rigaer Straße zu er- kennen seien. Dort werde auch die Legitimität staatlicher Entscheidungen infrage gestellt.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erklärt, dass man zur Belastungssituation kei- ne Erkenntnisse habe, weil dies nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sei. – Man befasse sich mit dem Thema seit 2015. Damals sei man bundesweit Vorreiter gewesen. Inzwischen hätten die anderen Ämter nachgezogen. – Zu Gefährdern könne man nichts sagen, da es sich um einen polizeilichen Begriff handele. Ihm sei kein Gefährder bekannt, der Reichsbürger sei. – Zur Rigaer Straße erkenne er keinen Zusammenhang.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) berichtet, dass man acht Waffenentzugsverfahren habe einleiten helfen können. Von diesen seien zwei bestandskräftig abgeschlossen worden. – Man versuche, eine Dunkelziffer zu bestimmen. In den genannten Zahlen sei eine Dunkelziffer eingerechnet. Gut angenommen würden Angebote der Reichsbürger im Internet zwecks Ver- meidung von GEZ-Gebühren. Leute in Geldnöten übernahmen eine Reichsbürger- Argumentation. Es sei aber nicht sicher, dass es sich um Reichsbürger handele. – Die Ideolo- gie sei nicht durchgängig rechtsextremistisch. Bei einigen Reichbürgern sei eine neonazisti- sche oder muslimenfeindliche Grundhaltung festzustellen. Wo aber nur legalistisch argumen- tiert werde, dass die Bundesrepublik sich nicht auf eine verfassunggebende Versammlung beziehen könne, weil es keine Volksabstimmung über das Grundgesetz gegeben habe, fehle eine ideologische Schnittmenge zum Rechtsextremismus. – Es gebe in Berlin keine regiona- len Schwerpunkte. – Es gebe keine Anzeichen für ein Fortbestehen des DPHW. Zu Über- schneidungen mit der AfD habe man keine Erkenntnisse. – Das Verständnis, dass die Bundes- republik keine Existenzberechtigung habe, sei nach 1949 virulent geworden und habe sich immer wieder in vereinzelten Kreisen festgesetzt. Durch die Nutzung des Internets sei eine höhere Publizität erreicht worden. – Es gebe unterschiedliche Ansätze. Es gebe jeweils einen Ministerpräsidenten. Aber die Posten könnten nur einmal vergeben werden, dies stehe einer Vernetzung entgegen. – Die kleinen Gruppierungen hätten immer weniger Relevanz.

Holger Krestel (FDP) meint, man müsse Vorkommnisse in bestimmten Fällen ernst nehmen. Eine politische Wirkungsmacht sei nicht vorhanden. Wer zu skurril sei, sollte keine Waffen besitzen dürfen. Wie viel Prozent der verfassungstechnischen Kapazitäten würden für die Be- obachtung von Reichsbürgern aufgewendet?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob man präventiv mit Blick auf normale Bürger/innen tätig werden könne, die sich mit einem Reichsbürger-Textbaustein an eine Behörde wendeten.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, mit welchen Mitteln beobachtet werden könne. Würden nur offene Quellen genutzt? – Beeinflusse der „Volkslehrer“-Auftritt die Szene?

Kurt Wansner (CDU) fragt, aus welchen Bevölkerungsschichten diese Leute kämen. Müsste man sich nicht mit den 16 Waffenträgern beschäftigen?

Tom Schreiber (SPD) meint, die Öffentlichkeit müsse künftig begleitend informiert werden, damit jedem klarwerde, wer zu Gelbwesten-Demonstrationen aufrufe. Auch die AfD, die einen Verein gegen die GEZ-Gebühren gegründet habe, habe Reichsbürger im Rucksack, die ins gleiche Horn bliesen.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) antwortet Abg. Krestel, die nachgefragte Kapazität sei nicht messbar. Das für Rechtsextremismus zuständige Referat II b kümmere sich um das Thema. – Der Verfassungsschutz sei nicht für alle gestellten Fragen zuständig. – Bezüglich des Volkslehrers habe man alles Erforderliche getan.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) erklärt, dass bei den Reichsbürgern nicht die Dümmersten seien. Es handele sich um Personen mit mittlerem oder gehobenem Schulabschluss und Berufsausbildung. Viele hätten einen Bruch in der Biographie. Es seien im Durchschnitt Männer zwischen 40 und 50. Man bemühe sich, Informationen zu liefern, die zu einem Entzug der Schusswaffen führten. – An Erkenntnisse komme man wie in anderen Bereichen auch. – Zwecks Prävention sei das Wichtigste Publizität.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Frage der CDU-Fraktion:

Womit werden die aktuellen Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes für die Türkei begründet und was sind die Hintergründe?

Holger Krestel (FDP) fragt, wie es möglich gewesen sei, dass in Berlin eine rechtskräftig verurteilte palästinensische Terroristin bei einem antisemitischen Verein öffentlich auftreten könne. Warum sei im Vorfeld nichts erkannt bzw. unternommen worden?

Vorsitzender Florian Dörstelmann regt an, die Frage im Innenausschuss zu stellen.

Kurt Wansner (CDU) stellt fest, dass der türkische Geheimdienst in Berlin sehr aktiv sei. Das Bundesaußenministerium warne vor Reisen in die Türkei. Wie sehe der Senat die Lage in der Türkei?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erklärt, das LfV Berlin sei für die Türkei nicht zuständig. Das Auswärtige Amt habe lediglich einen Reisehinweis gegeben. Reisehinweise des Auswärtigen Amts würden nicht mit dem Land Berlin abgestimmt.

Kurt Wansner (CDU) bekundet Erstaunen darüber, dass der Staatssekretär die Frage nicht verstehen wolle. Der grüne Bundestagsabgeordnete Özdemir warne vor Reisen in die Türkei. Man habe im Innenausschuss ausführlich über den türkischen Geheimdienst in Berlin diskutiert. Welche Erkenntnisse habe der Verfassungsschutz über den türkischen Geheimdienst? Würden kritische Äußerungen von Zuträgern an den türkischen Geheimdienst weitergegeben? Welche Probleme könnten für Menschen entstehen, die in die Türkei reisen wollten?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) erwidert, Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über den türkischen Geheimdienst könne er hier nicht verbreiten. Ansonsten könne er zu der letzten Frage nichts sagen. – [Kurt Wansner (CDU): Das spricht nicht unbedingt für Sie!] – Die Frage von Abg. Krestel sei keine für den Verfassungsschutz. Für die Einreise an der Grenze sei die Bundespolizei zuständig. Diese habe die Person offenbar einreisen lassen. Gleichwohl nehme er das Thema ernst. Er lasse ein mögliches Vorgehen der Ausländerbehörde prüfen.

Holger Krestel (FDP) meint, es müsse Beobachtungen zu der Veranstaltung gegeben haben. Er freue sich über die Prüfung ausländerbehördlicher Möglichkeiten, um Schaden von Berlin und den jüdischen Mitbürgern abzuwenden.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) teilt mit, dass die Sicherheitsbehörden vorher keine Kenntnis von der Veranstaltung gehabt hätten.

Der **Ausschuss** setzt die Besprechung in geheimer Sitzung fort.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.